

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung
des Sozialausschusses
von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Donnerstag, den 21.09.2023
Sitzungsbeginn:	15:00 Uhr
Sitzungsende:	16:30 Uhr
Ort, Raum:	Volkshochschule, Vortragssaal

Anwesend waren:

Stadtvorstand

Beate Steeg

SPD-Stadtratsfraktion

Holger Scharff

Jürgen Kofink

CDU-Stadtratsfraktion

Dr. Peter Uebel

Rebecca Wild

Kirsten Pehlke

Andreas Massion

Andreas Gebauer

Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat

Uwe Lieser

Ibrahim Yetkin

FWG-Stadtratsfraktion

Hans Arndt

DIE LINKE Stadtratsfraktion

Friederike Rüd

Mitarbeiter/in der Verwaltung

Elke Kimmle

Seniorenrat der Stadt Ludwigshafen e.V.

Birgitta Scheib

Entschuldigt fehlten:

SPD-Stadtratsfraktion

Romina Dimov

Martina Blaufuß

Eleni Vassiliadou

Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat

Gisela Witt-Pieper

Stadtratsfraktion Grünes Forum Ludwigshafen und Piraten

Sebastian Hochwarth

AFD-Fraktion Ludwigshafen

Johannes Thiedig

Anwesende Mitglieder ohne Stimmrecht:

DIE LINKE Stadtratsfraktion
Larissa Fritsch

Tagesordnung:

1. Sachstandsbericht Asyl
Vorlage: 20236883
2. Bericht der Volkshochschule Ludwigshafen
Vorlage: 20236884
3. Anpassung der Mietobergrenzen im SGB II
Vorlage: 20236885

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Sozialausschuss war beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde Larissa Fritsch von der Partei DIE LINKEN als stellvertretendes bürgerschaftliches Sozialausschussmitglied verpflichtet.

Protokoll:

zu 1 Sachstandsbericht Asyl

Der Sozialausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

Sozialdezernentin Beate Steeg ergänzte, dass die Verwaltung seit dem Krieg in der Ukraine begonnen hat, nach Wohnungen und Flächen für neue Flüchtlingsunterkünfte zu suchen. Es wurde ein regelmäßig tagender, derzernatsübergreifender Stab gebildet. Bislang halte sie die Linie, dass Turnhallen und Bürgerhäuser nicht belegt werden. Sie wisse aber nicht - angesichts der steigenden Zuweisungszahlen plus neuer Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine - wie lange das noch aufrechterhalten werden kann. Die Sozialdezernentin habe bereits Hilferufe an alle Wohnungsbaugesellschaften sowie Haus und Grund versendet; allerdings ohne nennenswerten Erfolg. Von der Landesebene komme die Empfehlung, überall wo es möglich sei, Container aufzustellen. Die Verwaltung schaue sich nach und nach alle Gelände an, die bereits in 2015/16 identifiziert worden sind. Mittlerweile stünden allerdings einige dieser Flächen nicht mehr zur Verfügung. Zudem gäbe es die Notwendigkeit, Kitas zu bauen. Auch leerstehende Bürogebäude müssten umgebaut und Nutzungsänderungen beantragt werden – dies koste viel Zeit und Geld. Sie appelliert an die Stadtgesellschaft, mögliche Flächen oder Gebäude der Verwaltung anzubieten. Es werde ein gemeinsames Handeln von Verwaltung und Öffentlichkeit bzw. Anwohner*innen benötigt. Land und Kommunen seien gesetzlich zur Aufnahme von Geflüchteten verpflichtet. Es sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Menschen zu helfen.

Im Anschluss erfolgte eine Diskussion über die Art der Unterbringung in den beiden Hallen in der Wollstraße. Zudem wurde an die Solidarität der Stadtgesellschaft appelliert.

zu 2 Bericht der Volkshochschule Ludwigshafen

Der Sozialausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

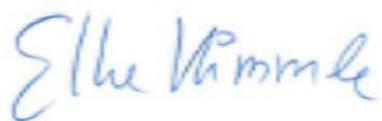
zu 3 Anpassung der Mietobergrenzen im SGB II

Der Sozialausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss die Vorsitzende um 16:30 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 03.11.2023



Elke Kimmle
Schriftführerin



Beate Steeg
Vorsitzende